

23./9. 1914.

**Gegen die Preisfreiberei bei Lebensmitteln.**

Auf der am 17. d. Mts. abgehaltenen Generalversammlung der Landwirtschaftlichen Centralgenossenschaft des Bayerischen Bauernvereins für Ein- und Verkauf e. G. m. b. H. in Regensburg — auf der auch festgestellt werden konnte, daß es bei dem Institut während der kritischen Tage um die Mobilmachung keinen Ansturm auf die Kassen gegeben hat, daß vielmehr die Abhebungen normal waren wie in Friedenszeit — sprach Dr. Heim sehr treffende Worte gegen die Preisfreiberei in Getreide. Er führte aus:

Es ist gewiß gerechtfertigt, daß in einer Zeit, wo der Bauer solche Opfer bringen muß, er für seine Produkte speziell für die Körner- und Brotfrüchte höhere Preise bekommt, als er sie in Friedenszeiten bekommen hätte. Aber alles hat seine Grenzen und es werden jetzt Preise für Getreide verlangt, die nicht mehr gerechtfertigt sind. Aus einer Gegend von Bayern, wo wir ein Lagerhaus haben, — ich will die Gegend nicht nennen — haben Bauern erklärt: „Wir geben unseren Weizen erst ab, wenn er 15 und 20 Mark kostet.“ Das wird nicht kommen; aber etwas anderes kann kommen. Der ganze Bauernstand muß schließlich unter diesen Wucherforderungen einzelner leiden, denn diese Brotmacherer scheinen nicht zu wissen, daß durch Gesetzeskraft die Preise festgesetzt werden können, daß durch Gesetzeskraft zu den festgesetzten Preisen den Bauern das Getreide weggenommen werden kann. Ich darf hier sagen, daß bezüglich der Frage, welche Höchstpreise gerechtfertigt sind, seitens der Behörde schon alle Feststellungen gemacht wurden. Was dann kommt, ist gewiß nicht besser, als wenn wir einen freien Markt haben. Bereits ist in einem Bauernnachbarland, in Hessen, der Höchstpreis z. B. für Roggen festgesetzt. Was würde aber dem Bauernstand dadurch geschadet, wenn die Gabsucht einzelner seine Mitglieder dazu führen würde, gesetzlichen Zwang anzuwenden. Was würde der ganze Bauernstand für alle Zukunft, auf Jahrzehnte hinaus darunter zu leiden haben. Daran denken diese Leute nicht. Jedem ehrlichen Freund des Bauernstandes macht diese Frage ernste Sorge. Der Bauernstand muß beweisen, daß er auf andere Stände Rücksicht nimmt. Wir brauchen die anderen Stände in andern Zeiten wieder. Denken Sie nur an die Neuregelung der Handelsverträge und der Zollverträge nach dem Krieg. Der Bauernstand hat heute nicht mehr die Mehrheit im Deutschen Reiche. Der Landwirtschaft gehört heute nur noch ungefähr der 4. Teil der Bevölkerung an. Wir brauchen die andern Stände und das dürfen wir auch im gegenwärtigen Augenblick nicht vergessen. Wir leben nicht nur für den Tag.

Das sind vortreffliche Mahnungen. Aber offenbar ist das Uebel, gegen das Dr. Heim sich hier so energisch wendet, doch zu verbreitet, als daß mit Mahnungen allein geholfen werden könnte, zumal Herr Dr. Heim damit anscheinend ziemlich allein steht. Die unerhörte Preissteigerung für Getreide, die in Deutschland eingetreten ist und bereits zu einer scharfen Verteuerung des Mehls und zu einer Erhöhung des Brotpreise geführt hat, zeigt, daß dem allgemeinen Uebel wohl nicht anders als durch allgemeine, das heißt staatliche Maßnahmen abgeholfen werden kann. Wir verweisen dafür auf die eingehenden Erörterungen im Ersten Morgenblatt vom 18. d. M. und im Zweiten Morgenblatt vom 19. d. M.

□ München 22. Septbr. (Priv.-Tel.) Der Magistrat in Augsburg hat beschlossen, da die Fleischpreise den Vieheinkaufspreisen gegenüber zu hoch sind, die Metzger zu ermahnen. Sollte diese Mahnung erfolglos bleiben, so wird die städtische Fleischverkaufsstelle wieder eröffnet werden.